

«Nicht auf zwei Hochzeiten tanzen»

Weder Gross- noch Nationalrat: Eine **Initiative** verlangt, dass vollamtliche Bieler Gemeinderäte künftig kein weiteres Mandat in einem Parlament annehmen dürfen. Am 26. September stimmt Biel darüber ab.

ken. Wer einen 100-Prozent-Job innehat, darf keine weitere Stelle annehmen. Das sagen die Initianten der Initiative «Für einen 100-prozentigen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt» der Bürgerbewegung «Passerelle» um Stadtrat Roland Gurtner. So wollen sie erreichen, dass vollamtliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte künftig kein Doppelmandat mehr bekleiden dürfen, sich also weder in einem nationalen noch einem kantonalen Parlament engagieren dürfen. Der Stadtrat lehnte die Initiative sowie einen Gegenvorschlag ab.

«Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Hochzeiten tanzen», begründete Ueli Burri, ad interim-Präsident des Initiativkomitees, sein Anliegen gestern vor den Medien.

Zeit für die Stadt

Die vom Bieler Stimmvolk gewählten Regierungsmitglieder sollten laut der Initiative ausschliesslich für die Stadt Biel und ihre Bewohnerinnen und Bewohner da sein. Die nötige Zeit könnten sie aber nur aufbringen, wenn sie sich nicht zusätzlich in einem weiteren Parlament engagierten, so die Initianten. Ein Nationalrats- oder ein Grossratsmandat entspreche einer 30- bis 50-Prozent-Stelle, so Burri. «Das ist nicht vereinbar mit einem Gemeinde-ratsmandat in der Stadt Biel.»

Passerelle-Stadtrat Roland Gurtner zählte Dossiers auf, die schlecht geführt oder liegen geblieben seien: Alkitreff, Beau-Rivage, Ringplatz sowie viele Fristverlängerungen für parlamentari-



Stadtrat **Roland Gurtner**: Gemeinderäte sollen sich zu 100 Prozent für Biel engagieren. Bild: Chris Harker

sche Vorstösse, die nicht in der vorgeschriebenen Zeit bearbeitet wurden. «Wenn die Gemeinderäte häufiger in Biel sind, hat das für die Stadt viele Vorteile», folgert Gurtner. Erst dann hätten die Regierenden genügend Zeit, sich um die Belange der Stadt zu kümmern. «Das kommt der Demokratie zugute», so Gurtner.

Die Initianten argumentieren gar mit dem Bieler Stadtpräsi-

den Hans Stöckli (SP), der bei seiner Rücktrittsankündigung sagte, er werde sich nun auf sein Nationalratsmandat konzentrieren. Allerdings hat sich seine Partei gegen die Initiative ausgesprochen (siehe Zweittext).

Organisationen lobbyieren

Dass Doppelmandate nötig seien, um die Interessen der Stadt Biel auf kantonaler und nationa-

ler Ebene einzubringen wie die Gegner der Initiative sagen, lässt die Bürgerbewegung Passerelle nicht gelten. «Unser Gemeindepräsident hat lange bevor er Nationalrat wurde die Expo.02 nach Biel holen können», sagt Burri. Und auch der Bieler Ricardo Lumengo sei in den Nationalrat gewählt worden, ohne zuvor ein Gemeinderatsmandat bekleidet zu haben. «Heute verfügt der Ge-

meinderat zudem über mehrere Organisationen und Delegierte, die die Interessen der Stadt wahren und für sie lobbyieren können», so Burri. Als Beispiel nennt er den Verantwortlichen für Wirtschaftsförderung.

Grosse Parteien profitieren

Von den Doppelmandaten profitieren laut Gurtner vor allem die grossen Parteien. Diese würden aus der Bekanntheit ihrer Gemeinderäte Profit schlagen, indem sie diese als Listenköpfe benutzten und so bei kantonalen oder nationalen Wahlen Stimmen und damit Sitze für ihre Parteien gewinnen. Derzeit bekleiden mit Pierre-Yves Moeschler (Grossrat) und Hans Stöckli (Nationalrat) zwei Gemeinderäte ein Doppelmandat. Bis zu seiner Abwahl im März war mit Hubert Klopfenstein ein weiterer Gemeinderat im Grossen Rat aktiv.

LINK:

www.passerelle-bielbienne.ch

*** Wer eine Vollzeitstelle hat, darf keinen Nebenjob verrichten. Diese Argumentation scheint schlüssig, zumal die Initianten mit gewichtigen Argumenten auffahren: Tatsächlich gibt es in der Bieler Politik besonders viele parlamentarische Vorstösse, die von den Gemeinderäten nicht in der vorgeschriebenen Zeit erledigt werden. Kritik ist angebracht, ein Systemwechsel nicht: Würden andere Arbeitgeber ihren Angestellten verbieten, sich politisch zu betätigen, müsste man sich vom Milizsystem verabschieden. Zudem wäre es unwahrscheinlich, dass Biel künftig genügend Vertreter auf nationaler Ebene hätte. Denn um in den Nationalrat gewählt zu werden, muss man im ganzen Kanton bekannt sein. Das erreichen vor allem Exekutivpolitiker, also Gemeinderäte. Doch wer würde sich in Bern für die A5 oder den Ligerztunnel stark machen, wenn Biel im Nationalrat untervertreten wäre?**

Claudia Kenan

Die Initiative der Passerelle

- Initiative will den vollamtlichen Gemeinderäten und Gemeinderätinnen **verbieten**, gleichzeitig zum Mandat in der Stadt Biel einem Parlament anzugehören.
- Der Bieler Stadtrat hat die Initiative im Mai mit 34 zu 6 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) **abgelehnt**.
- Die Initiative der «Passerelle», die mit einem Sitz im Stadtrat vertreten ist, wurde mit 2156 gültigen **Unterschriften** eingereicht. (ken)

SP und FDP für Status quo

ken. Noch bevor das Initiativkomitee seine Kampagne zur Volksabstimmung über Doppelmandate startete, meldete sich ein Gegenkomitee zu Wort. Geleitet wird es von den Stadträten Niklaus Baltzer (SP), Stefan Kaufmann (FDP) und Pierre-Yves Grivel (PRR). Sie wollen den Status quo beibehalten, der Doppelmandate erlaubt.

«Es ist wichtig, dass Bieler und Bielerinnen in den Parlamenten sitzen», schreiben sie in einem Communiqué. Ge-

meinderäte hätten aufgrund ihrer Bekanntheit gute Wahlchancen. Dürften sie nicht kandidieren, bestünde die Gefahr, dass keine Bieler mehr in kantonalen oder nationalen Parlamenten Einsitz hätten. Aber: «Gesetze – insbesondere auf kantonaler Ebene – beeinflussen massgeblich die Situation der Stadt.» Ausserdem habe ein Parlamentsmitglied gegenüber einem Regierungs- oder einem Bundesrat ein grösseres Gewicht als ein «nur-Gemeinderat».